

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Folge 28

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 14. Dezember 1945

An unsere Leserinnen und Leser!

Wegen äußerst bedrohlichen Papiermangels kann die Zeitung in den nächsten Wochen bei verkleinertem Format nur vierseitig erscheinen. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, dieser Maßnahme Verständnis entgegen zu bringen und weiterhin Abnehmer unseres Blattes zu bleiben. Bei verbesserter Papierlage werden Form und Umfang sofort wieder geändert werden. Die Redaktion.

Die Währungsreform

Schon einmal haben viele von uns nach einer Zeit der skrupellosen Inflation eine Währungsreform mitgemacht. Das war einige Jahre nach dem ersten Weltkrieg. Die alte österreichische Krone ging im Wirtschaftschicksal der Nachkriegszeit unter und riß die Sparguthaben von Tausenden und Tausenden von kleinen Leuten und Mittelständlern mit sich. Arme Eltern, die Zeit ihres Lebens gespart hatten, um ihren Kindern einige Hundert Kronen mit ins Leben geben zu können, waren um ihr schwer erworbenes Geld betrogen. Mittelstandsfamilien sanken durch die Einbuße ihres Sparfennigs in die Klasse der völlig Besitzlosen herab. Die Geburt des ersten österreichischen Schillings war gleichzeitig auch die Todesstunde des Mittelstandes. Damals schien es nur zwei Klassen von Menschen zu geben, solche, die kümmerlich von ihrem Lohn oder Gehalt lebten, und die Neureichen, die Schieber und Profitgeier, die es verstanden, aus zurückgehaltenen Waren Riesengewinne auf Kosten des notleidenden Volkes für sich zu ergaunern. Diese Ausbeuter saßen natürlich nicht nur in Wien, sie waren in jeder Provinzstadt und selbst in den Dörfern zu finden. Wir erinnern uns noch recht gut an diese „Händler und Vertreter“, deren dicke Brieftaschen sprichwörtlich wurden, deren ausschweifendes Leben aber meistens dieses leicht erworbene Geld wieder zerrennen ließ, als die Verhältnisse normaler und stabiler wurden.

Heute, nach dem Ende des zweiten großen Weltkrieges, stehen wir wieder vor einer einschneidenden Währungsreform. Österreich ist überschwemmt mit Reichsbanknoten und Reichsschatzscheinen. Wir kennen nicht einmal die Höhe des Notenumlaufs, wir wissen daher nicht einmal, wie der neue österreichische Schilling fundiert werden kann, wir haben nur gehört, daß die österreichische Regierung mit einer Abwertung bis zu 60 Prozent rechnet.

Damit nicht noch mehr Reichsmark eingeschmuggelt werden, damit unsere Einlösungspflicht nicht noch grausamer und härter wird, muß die Währungsreform in zwei Etappen durchgeführt werden. Die erste Etappe ist die Außerkurssetzung der Reichsmark und der Militärschillinge und die Ausgabe der neuen österreichischen Schillingnoten, zunächst einmal auf der Basis 1:1. Die Durchführung dieses Geldumwechsels wird Klarheit bringen, wie viele Reichsmark in Österreich im Umlauf waren oder bei den Geldinstituten hinterlegt waren. Gleichzeitig wird dadurch die Höhe der alliierten Militärschillinge bestimmt werden. Wir wissen, daß die alliierten Truppen einen verhältnismäßig hohen Sold in alliierten Militärschillingen beziehen und daß die Einlösung dieses Geldes für das österreichische Volk eine ganz schwere Belastung darstellen würde. Aus den Verhandlungen der österreichischen Regierung mit dem alliierten Kontrollrat wissen wir schon heute, daß die Alliierten keine volle Deckung verlangen werden. Vielleicht werden die zukünftigen Verhandlungen ergeben, daß die alliierten Militärschillinge eingezogen werden, ohne daß das österreichische Volk für ihre Einlösung bezahlen muß oder vielleicht wird das Umrechnungsverhältnis besonders günstig sein. Jedenfalls wird das Problem des alliierten Militärschillings ausschlaggebend sein für die endgültige Abwertung des neuen österreichischen Schillings.

Die Regierungsbildung

Der Londoner Rundfunk berichtet: Der neu designierte Staatskanzler, Ing. Figl, erklärte in einem Interview mit dem englischen Rundfunksprecher Patrick Smith, daß seine ausführlichen Besprechungen mit den Sozialisten über die Zusammensetzung der Koalitionsregierung abgeschlossen seien. Es sei beschlossen worden, auch einen Kommunisten in die Regierung aufzunehmen. Ing. Figl hoffe, der Alliierte Kontrollrat würde bereits bei seiner nächsten Sitzung die neue Regierung gutheißen, so daß sich das neue Parlament konstituieren und noch vor Weihnachten zusammentreten könne. Es sei die Aufgabe der neuen Regierung, ein einheitliches Österreich und seine Verbindung mit der Welt wiederherzustellen, besonders mit den Großmächten und den unmittelbaren Nachbarn.

Nach neuesten Meldungen wird die Regierung aus 6 Mitgliedern der ÖVP, 5 Sozialisten, einem Kommunisten und zwei parteilosen Ministern bestehen.

Forderungen der Gewerkschaften

Der österreichische Gewerkschaftsbund hat nachstehende Resolution beschlossen, die den drei politischen Parteien sowie dem designierten Bundeskanzler übermittelt wurde:

Die Wirtschaftsformen in allen Staaten sind einer durchgreifenden Änderung unterworfen. Die Planung der Produktion und die Verteilung aller Güter, insbesondere der Rohstoffe, ist eine zwingende Notwendigkeit. In unseren schwer mitgenommenen Ländern sind die Arbeiter und Angestellten in besonderem Maße an einer zweckdienlichen Planung und Lenkung der Wirtschaft interessiert.

1. Der österreichische Gewerkschaftsbund fordert daher als die stärkste wirtschaftliche Organisation des Landes, die heute schon 500.000 Arbeiter und Angestellte umfaßt, von der neuen Regierung die möglichste Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Agenden in einem Wirtschaftsministerium, auf dessen Führung der österreichische Gewerkschaftsbund maßgebenden Einfluß beansprucht.

2. Der österreichische Gewerkschaftsbund fordert im Zuge des Neuaufbaues eine zweckentsprechende Bodenreform, die Verstaatlichung des Bergbaues, der Schlüsselindustrien, der Energiewirtschaft sowie jener Unternehmungen und Betriebe, deren Verstaatlichung im Interesse der gesamten Wirtschaft und der Bevölkerung liegt.

3. Der österreichische Gewerkschaftsbund fordert weiter, daß auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung mit sofortiger Wirkung die bis 1934 in Geltung gewesenen Gesetze wieder hergestellt, ausgebaut und verbessert werden. Er verlangt ferner die Schaffung einer ausreichenden Alters- und Invalidenversicherung, die Angleichung einzelner sozialrechtlicher Bestimmungen der Arbeiter an die der Angestellten, die Schaffung eines modernen, demokratischen Betriebsrätegesetzes, das das Mitbestimmungsrecht aller Arbeiter und Angestellten in den Betrieben sichert.

4. Der österreichische Gewerkschaftsbund fordert die Selbstver-

Endgültige Verteilung der Landtagsmandate in Niederösterreich

Im Wahlkreis 10 (Viertel ober dem Manhartsberg) entfallen auf Landtagsmandate für die ÖVP, nicht 7, sondern 8 Mandate. Im Reststimmverfahren wurde die Mandatszahl der SPÖ von 3 auf 2 vermindert. Die endgültige Verteilung der Mandate im niederösterreichischen Landtag ist daher: ÖVP, 32 Mandate, SPÖ, 22 Mandate, KPÖ, 2 Mandate.

Änderung in der Besetzung der Landtagsmandate

Da Landeshauptmann Josef Reither in drei Wahlkreisen und im Reststimmverfahren als Landtagsabgeordneter gewählt wurde, hat er gemäß § 64, Abs. 2 des Wahlgesetzes, auf das Mandat als Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 9 verzichtet und tritt für ihn Friedrich Schwarzott, Fuhrwerksunternehmer in Neunkirchen, ein. Im Wahlkreis 11 tritt für ihn Josef Naderer, Kaufmann in Maissau, ein. Landeshauptmannstellvertreter Oskar Helmer wurde im Wahlkreis 9 und im Reststimmverfahren gewählt. Er hat auf das Mandat im Wahlkreis 9 verzichtet. Für ihn tritt Konrad Niemets, Gewerbetreibender in Berndorf, ein.

waltung bei allen Sozialversicherungsträgern, in der Arbeitslosenversicherung sowie bei den Arbeitsämtern.

5. Das Arbeitsrecht der Land- und Forstarbeiter hat in der Gesetzgebung und Vollziehung Bundesache zu werden. Ferner ist für die Land- und Forstarbeiter eine moderne Landarbeiterordnung zu schaffen sowie eine Arbeitsvermittlung und eine Arbeitslosenversicherung einzurichten.

6. Die Wiedereingliederung von Kriegsbeschädigten in den Produktionsprozeß, beziehungsweise die Sicherung ihrer Existenz ist eine

der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung.

7. Der österreichische Gewerkschaftsbund verlangt eine zweckentsprechende Förderung der durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geschädigten Arbeiter und Angestellten, besonders auf sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiet.

8. Der österreichische Gewerkschaftsbund erwartet von der Regierung die intensivsten Bemühungen zur Verbesserung der Ernährungslage der Arbeiter- und Angestelltenschaft und eheste Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot.

Probleme, mit denen sich Österreich auseinandersetzen muß

Ein Engländer über Österreich

Der englische Arbeiterabgeordnete Gordon Walker, der Führer der parlamentarischen Delegation, die vor kurzem Wien besuchte, sprach Freitag abends im Londoner Rundfunk zu den Österreichern. Gordon Walker, der uns aus seinen Radiobereichen während der Kriegszeit bekannt ist, sprach zuerst über die freie und demokratische Durchführung der Wahlen, dann über die schlechte Lebensmittellage in Österreich, über die Kindersterblichkeit, über den Sittenverfall und über das Problem, wie die Bevölkerung über den schwierigen Winter hinwegkommen könne. Anschließend sagte Gordon Walker:

Es ist anzunehmen, daß die österreichische Regierung jetzt größere Machtbefugnisse erhalten werde. Es ist notwendig, daß ein Zeitpunkt festgesetzt werde, zu dem Österreich von den Besatzungstruppen vollständig geräumt werde.

Walker fügt hinzu, es gebe nach seiner Meinung vor allem zwei Probleme, mit denen sich Österreich auseinandersetzen muß.

Erstens: Die Nationalsozialisten. Mehr als zehn Prozent der Wählerchaft war die Ausübung des Wahlrechtes untersagt. Diese Maßregel war vollständig in der Ordnung. Andererseits sind zehn Prozent ein zu großer Bestandteil der Bevölkerung, um vom politischen Leben ausgeschlossen zu bleiben. Alle Kriegsverbrecher und die, die sich vergangen haben, sollen bestraft werden. Aber von den zehn Prozent sollten alle jene für ein demokratisches Österreich wiedergewonnen werden, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Dies sei eine schwierige Aufgabe, aber eine Aufgabe, mit der sich Österreich bei allen Sorgen doch beschäftigen muß.

Dabei können schon wesentliche Erleichterungen eintreten, wenn die Demarkationslinien nur teilweise für den wirtschaftlichen Verkehr geöffnet werden.

Wie einschneidend die Währungsreform schon in ihrem ersten Stadium für die einfache Bevölkerung ist, ersehen wir aus dem Kleingeldmangel, der jetzt schon bedrohliche Formen angenommen hat und das Geschäftsleben empfindlich stört. Das Münzgeld und die Noten bis zu 5 RM oder Militärschillingen bleiben weiterhin im Umlauf. Da jeder einzelne Bürger nur 150 neue Schillinge in die Hand bekommt, halten die meisten Leute diese kleinen Noten zurück sammeln sie sogar, wenn das irgendwie möglich ist und wollen sich durch diese Maßnahme finanziell ein bißchen besser stellen. Folge dieses Bestrebens war das plötzliche Verschwinden des Kleingeldes. Wie wir durch den Polizeibericht erfahren, haben auch gewissenlose Schieber riesige Mengen an Münzgeld und kleinen Noten gesammelt. Unklar bleibt dabei nur, woher diese Leute die

Zweitens: Stadt und Land. Dieser Gegensatz sei nicht mehr so ausgeprägt wie vor dem faschistischen Regime. Das Problem kann nur durch die politischen Parteien gelöst werden, aber es muß gelöst werden, wenn Österreich als echter demokratischer Staat weiterbestehen soll.

Walker bemerkte noch, er sei fest überzeugt, daß die Stellung Österreichs heute gefestigter ist als 1919. Heute sei auch der Lebenswille in Wien größer, vor allem durch die ungeheuren geistigen Kraftquellen, die in Österreich überall zu finden sind. Wien hat den wahren Geist der Kultur und Zivilisation aufrechterhalten inmitten von Not und Elend. Nie zuvor habe er die dritte Leonoren-Ouvertüre so gut spielen gehört, nie ein Publikum gesehen, das in einem ungeheizten Theater mit größerer Begeisterung einer Aufführung gelauscht hätte. Sie war ein Symbol für den festen Willen Österreichs. Und darum haben die Österreicher ein Recht darauf, ein glückliches demokratisches Volk zu werden!

Nachrichten aus aller Welt

Die UNRRA-Hilfe für Österreich

Die genaue Stellung der UNRRA in Österreich wurde am 4. ds. durch eine Erklärung von W. R. Kennedy, des Leiters der UNRRA-Maßnahmen in der amerikanischen Zone, erläutert. „Es ist notwendig festzustellen“, sagte Mister Kennedy, „daß sich im Augenblick die UNRRA-Hilfe in Österreich nur auf Flüchtlinge und ver-

kenntnis der ersten Währungsmaßnahmen erfahren konnten.

Die erste Zeit des Schillingkurses wird für viele Menschen Härten mit sich bringen, sie wird aber hoffentlich auch den meisten Schwarzhändlern gründlich das Handwerk legen.

Entscheidend für die Währungsreform ist nicht diese erste Etappe, die uns schon so viel Sorgen und Kopfzerbrechen macht, entscheidend für den kleinen Mann und für die große Wirtschaft ist das Resümé, das aus diesen ersten Maßnahmen gezogen werden kann, nämlich die Wertfestsetzung des neuen österreichischen Schillings. Wenn durch Verhandlungen mit den großen alliierten Staaten auf Grund der Höhe des Notenumlaufs von Reichsmark und alliierten Militärschillingen ein günstiges Umrechnungsverhältnis erzielt werden kann, dann wird ein erheblicher Teil des österreichischen Spargeldes gerettet sein und die österreichische Wirtschaft wird endlich mit voller Kraft arbeiten können. P.

Ybbsitz

Sprachkurs. Sehr nachteilig wirkte sich stets für jeden Deutschen aus, besonders wenn er in das Ausland kam, daß er meistens nur der deutschen Sprache mächtig ist und insbesondere macht sich dies im Verkehr mit den Besatzungstruppen fühlbar. Es ist daher zu begrüßen, daß sich in den verschiedenen Orten Personen finden, die in den gangbarsten und derzeit wichtigsten Sprachen Unterricht erteilen. Auch in Ybbsitz beabsichtigt nun Herr Prof. A. Schrott Müller, Ybbsitz 120, einen englischen Sprachkurs für Anfänger zu beginnen und werden von ihm mündliche wie schriftliche Anmeldungen entgegen genommen.

Sterbefall. Am 1. Dezember ist der Hilfsarbeiter Josef Oismüller, Ybbsitz Nr. 97, im 68. Lebensjahre gestorben.

Opponitz

Von der Gemeinde. In einer besonderen Sitzung des Gemeinderates wurde von dem scheidenden Gemeindevorstand Herrn Dr. Franz Amann Abschied genommen. Der Bürgermeister Herr Johann Blaimauer würdigte das Wirken des Scheidenden, der in der Gemeinde durch volle sieben Jahre tätig war, als guter Arzt und stets hilfsbereiten Menschen. Tag und Nacht war er bestrebt, den Leidenden Hilfe und Heilung zu bringen. Kein Weg zu den entlegensten Höfen war ihm zu weit und die Unbill des Wetters konnte ihn nicht hindern, wo es notwendig war, helfend und rasch einzugreifen. Sein ganzes Wirken galt dem Wohle der leidenden Mitmenschen. Die Opponitzer Bevölkerung ist sich voll und ganz bewußt, was sie mit dem Scheiden des Herrn Doktor Amann verliert. Sie kann ihm für seine aufopferungsvolle Tätigkeit nur danken und wünscht ihm für seine Zukunft das Allerbeste.

St. Leonhard a. W.

Opfertod. Wiederum hat Sankt Leonhard a. W. ein junges Leben zu beklagen, das an den Folgen des Krieges zu Grunde gegangen ist. Leopold Langslehner, ein Sohn vom Gute Hörmannsdorf, St. Leonhard a. W. Nr. 50, ist in seinem 20. Lebensjahre am 20. Juni 1945 in einem Lazarett in Preßburg verstorben. Wie ein Kamerad des Verstorbenen den Eltern mitteilte, hat er die Ruhr gut überstanden und fühlte sich an seinem Todestag recht wohl, starb aber dann ganz plötzlich, vermutlich an Herzschlag. Der feierliche Trauergottesdienst fand am Donnerstag, 6. ds., in der Pfarrkirche Sankt Leonhard statt. Den schwer getroffenen Eltern, denen Leopold Stab und Stütze sein sollte, wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Elektrifizierung. Seit kurzem wird an der Zuleitung des elektrischen Lichtes für den Ort fleißig gearbeitet. Wenn nicht alles trügt und die gegebenen Versprechen gehalten werden, dann könnte zu Weihnachten der Ort an das Netz angeschlossen werden. Wir wollen uns aber dieser Hoffnung nicht allzusehr hingeben, damit, wenn die Elektrifizierung Tatsache geworden ist, die Freude um so größer sei.

Sonntagberg

Vom Standesamt. Geboren wurde am 2. Dezember der Knabe Rudolf der Eheleute Rudolf und Hansi Komarek, Bruckbach 49, und das Mädchen Grete der Eheleute Johann und Maria Friesenegger, Böhlerwerk 49.

Aus der Gemeindestube. In der Gemeinderatssitzung vom 6. ds. wurde über Antrag der Lokalorganisation Sonntagberg die Einführung einer begrenzten Winterhilfe für die Bedürftigen und Armen, insbesondere der Alters- und Fürsorgerechten und der kinderreichen Familien einstimmig beschlossen. Die Mittel hierzu werden durch freiwillige Spenden aufgebracht. Die Sammlung erfolgt durch die politischen Parteien mit gemeindeamtlich aufgelegten nummerierten Listen. Die erste Sammlung wird von der SPÖ. durchgeführt. Die Betreuung erfolgt nur an wirklich Bedürftige, deren Einkommen unter einem gewissen Existenzminimum liegt. Mit der Durchführung der Betreuung wird der Aktionsausschuß betraut. Die Auszahlung kann erst nach Sicherstellung der erforderlichen Schillingbeträge durchgeführt werden, da die erste Auszahlung gerade in die Geldumwechslungsperiode fällt. Der Gemeinderat hat die Erhöhung der Verwaltungsgebühren von 70 Reichspfennig auf 1 RM. beschlossen. In den Heimatverband wurde Franz Ortsmayer, Böhlerwerk,

aufgenommen. Die Ansuchen verschiedener Bewerber um Verleihung von Tabaktrafiken wurden zurückgestellt, da Trafiken wahrscheinlich nur an Invalide vergeben werden. Der Abtretung bzw. Verkauf des Grundstückes vor dem Haus des Josef Schmid in Rosenau an denselben zum gegenwärtigen Tagespreis wird zugestimmt. Die Bewilligung des Ansuchens um Einleitung der Wasserleitung in das Haus des Fritz Pfannhauser in Rosenau wird zur gegebenen Zeit durch den Bürgermeister erteilt.

Aus der Lokalorganisation der SPÖ. Die von den Mitarbeitern der SPÖ. durchgeführte Sammlung für das Winterhilfswerk hat ein sehr befriedigendes Ergebnis gebracht. Der Sprengelleiter Johann Hochstätger, Hilm 23, hat wegen Arbeitsüberbürdung seine Stelle zurückgelegt. An dessen Stelle ist der Genosse Josef Hamböck in Hilm 18 getreten. Hamböck war vom Jahre 1925 bis 1934 Lokalobmann der Lokalorganisation Kröllendorf-Allhartsberg.

Allhartsberg

Von der Raiffeisenkasse. Wie bereits angekündigt, findet am Sonntag, den 16. Dezember, um 9 Uhr vormittags in Maria Pilsingers Gasthaus die 49. ordentliche Vollversammlung der Raiffeisenkasse für Allhartsberg und Umgebung statt. Die Mitglieder und Spareinleger werden aufgefordert, diesmal vollzählig zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten behandelt werden.

Biberbach

Tanzkränzchen. Am Donnerstag, den 29. November, fand der vor einigen Wochen im Rittmannsberger-Saal eröffnete Tanzkurs durch ein Kränzchen einen würdigen Abschluß. Der Kurs stand unter der tüchtigen Leitung des Herrn Adalbert Bauer, Kaufmann, der nicht nur moderne Tänze, wie Tango, Slowfox und English-Waltz, sondern auch den Walzer, den König der Tänze, der begeisterter Dorfjugend gut einlernte. In den Tanzkränzchen, das auch von vielen anderen Tanzkundigen aus nah und fern besucht wurde, fand die Mühe des Tanzmeisters und seiner Schüler und Schülerinnen ihre Krönung. Tanzen, sagen manche Leute, sei nicht unbedingt notwendig, Gewiß, zum Leben nicht unbedingt notwendig, doch glauben wir, daß es durchaus kein Schaden für das Gemüt ist, sondern dies eher innerlich bereichert, wenn sich die Jugend zu einigen frohen Stunden zusammenfindet, die Jugend, die durch eine schwere,

ernste Zeit gewachsen ist und dadurch so viel an innerem Reichtum eingebüßt hat. Sie soll und will wieder fröhlich werden!

Mauer-Öhling

40jähriges Dienstjubiläum. Herr Alois Hinterhölzl, Oberpfleger in der Landes-Heilanstalt Mauer-Öhling, feierte sein 40jähriges Dienstjubiläum. Herr Hinterhölzl ist seit dem Jahre 1905 ununterbrochen im Dienste dort tätig. Der schwere Dienst bei den Geisteskranken erfordert höchste Anspannung aller Kräfte und es ist daher eine wirkliche Leistung, solange seinen Dienst weiterhin versehen zu können. Der Jubilar erfreut sich bei Ärzten, Pflegern und Kranken größter Beliebtheit. Trotz seines Alters von 67 Jahren ist Herr Hinterhölzl noch sehr rüstig und wird seinen Dienst weitehin versehen. Während der Nazizeit hatte der pflichtgetreue Beamte viele Nachstellungen und Zurücksetzungen zu ertragen, aber er ließ sich in seiner Arbeit für das Wohl der Kranken nicht beirren. Wir gratulieren dem Jubilar zu seinem seltenen Dienst-

jubiläum und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft.

Gaffenz

Todesfall. Am Dienstag den 4. Dezember verschied im Krankenhaus zu Waidhofen nach gut überstandener schwerer Operation an Herzschwäche Fräulein Maria Gröbl vom Obergriebhäusler in Pettendorf Nr. 28, in ihrem 59. Lebensjahre. Die sterbliche Hülle wurde nach Gaffenz überführt und die Beerdigung der lieben Toten fand am Freitag den 7. ds. unter zahlreicher Beteiligung auf dem hiesigen Friedhofe statt. Pfarrer Loimayr sprach am offenen Grabe der guten Seele einen tiefempfundnen ehrenvollen Nachruf. Schlicht und einfach, arbeitsam und zurückgezogen, ging die gute Griebhäusler-Mirzl durchs Leben, bestrebt, niemandem schwerzufallen. In den Jugendjahren war sie die Freude und Stütze ihrer betagten Eltern, die sie bis zum Lebensende in selbstloser Weise betreute. Möge ihr der Herrgott alles lohnen, was sie hienieden geleistet für Heim und die Allgemeinheit!

Für die Bauernschaft

Sprechtag der Bezirksbauernkammer Waidhofen a. d. Ybbs und der Molkereigenossenschaft

Sonntagberg: Sonntag 16. Dezember, 1/2 10 Uhr vormittags, Gasthaus Etlinger.
Windhag: Mittwoch, 26. Dezember (Stefanitag), 10 Uhr vormittags, Gasthaus Schaumberger.
St. Leonhard a. W.: Sonntag, 6. Jänner, 10 Uhr vormittags, Gasthof Pichl.
Ybbsitz: Sonntag, 13. Jänner 1946, wie gewöhnlich.
Hollenstein: Sonntag, 20. Jänner, 1/2 11 Uhr vormittags, Gasthaus Edelbacher.
Opponitz: Sonntag, 27. Jänner, 1/2 10 Uhr vormittags, Gasthaus Ritt.
Allhartsberg - Kröllendorf: Samstag, 2. Feber (Maria Lichtmeß), 1/2 9-Uhr vormittags, Gasthaus Kappl.
St. Georgen a. R.: Sonntag, 3. Feber, 10 Uhr vormittags, Gasthaus Fallmann.
Maria Neustift: Sonntag, 10. Feber.
Gaffenz: Sonntag, 17. Feber.

Einkellerungsscheine sind von den Lieferanten bis zum 15. Dezember bei den Gemeinden

abzugeben. Eine Hälfte bleibt beim Lieferanten. Später abgegebene Scheine sind wertlos und können nicht auf die Lieferung abgerechnet werden.

Für den Wiederaufbau kriegsbeschädigter Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude

Die Provisorische niederösterreichische Landesregierung hat beschlossen, daß das Land Niederösterreich bei der Gewährung von Hypothekarkrediten durch die Landeshypothekenanstalt Niederösterreich eine Ausfallhaftung von 30 Prozent übernimmt, so daß die Landeshypothekenanstalt künftighin Hypothekarkredite bis zum Gesamtbetrag von 80 Prozent des Schätzwertes gewähren kann, zum Höchstausmaß von 80.000 RM. für den Einzelfall. Diese Ausfallhaftung, die das Land Niederösterreich übernimmt, ist dazu bestimmt, allen jenen Besitzern, deren Gebäude durch den Krieg oder die Nachkriegsereignisse schweren Schaden nahmen, den möglichst raschen Wiederaufbau bzw. die Wiederinstandsetzung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude zu erleichtern.

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Gehsteigreinerung und Bestreuung Verbot des Rodelns auf öffentlichen Straßen

Nach den bestehenden ortspolizeilichen Vorschriften sind die Hauseigentümer und Besitzer von anderen Grundstücken verpflichtet, die entlang ihren Häusern- und Gartenfronten — auch bei unverbauten Grundflächen — die Trottoirs und Gehwege, wo keine solchen vorhanden sind, einen entsprechend breiten Streifen der Straße von Schnee und Eiskrusten reinigen und bei Glatteisbildung bestreuen zu lassen. Diese Anordnung gilt für das ganze Stadtgebiet.

Das Reinigen und Bestreuen hat jeden Tag zu erfolgen und muß bis längstens 8 Uhr früh beendet sein.

Die Stadtkommandantur verlangt strikte Einhaltung dieses Gebotes. Zuwiderhandlung bzw. Nichtbefolgung wird als Verwaltungsübertretung bestraft und hafte die Verantwortlichen auch straf- und zivilrechtlich für alle aus ihrem Verschulden entstehenden Schäden und Unfälle.

Bei diesem Anlaß wird aufmerksam gemacht, daß das Rodeln, Schi- und Schlittschuhlaufen auf den öffentlichen Straßen und Wegen im Stadtbereich aus Gründen der Sicherheit verboten ist. Die Eltern und Erzieher werden angewiesen, ihre Kinder und Schutzbefohlenen diesbezüglich zu beaufsichtigen.

Waidhofen a. d. Ybbs, den 11. Dezember 1945.

Der Bürgermeister als örtl. Polizeiverwalter: Meyer e. h.

Ausgabe von Weihnachtsbäumen

Die Stadtgemeinde gibt bekannt, daß die Ausgabe von Weihnachtsbäumen am Dienstag den 18. Dezember auf dem städt. Materialplatz in der Zeit von 7 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr stattfindet.

Waidhofen a. d. Y., den 12. Dezember 1945.

Meyer e. h. Der Bürgermeister:

Nummernaufruf und Rationen der 83. Zuteilungsperiode (vom 17. Dezember 1945 bis 13. Jänner 1946)

Kartenart	Fleisch		Fett				Brot			Nährmittel	Kaffee-Ersatz	Kinder-Nährmittel	Salz			
	25	50	10	20	25	50	100	125	100				200	300	150	100
Normalverbraucher	—	20-35	—	—	—	45	44	—	8-11	—	—	1,2	3	—	4	—
Kinder (6 bis 14 Jahre)	—	20-35	—	—	—	45	44	—	—	8-10	11	1,2	3	—	4	—
Kleinkinder (3 bis 6 Jahre)	—	20-31	—	—	—	45	44	—	—	—	—	1,2	3	—	4	—
Kleinstkinder (bis zu 3 Jahren)	20-35	—	—	46	—	45	44	—	—	—	—	1,2	3	7	4	—
Teilselbstversorger über 14 Jahre	—	—	—	—	—	—	12	—	8-11	—	—	1,2	3	—	4	—
Teilselbstversorger von 6 bis 14 Jahren	—	—	—	—	—	—	12	—	—	8-10	11	1,2	3	—	4	—
Teilselbstversorger von 3 bis 6 Jahren	—	—	—	—	—	—	—	12	—	—	—	1,2	3	—	4	—
Teilselbstversorger bis zu 3 Jahren	—	—	—	—	—	—	—	12	—	—	—	1,2	3	7	4	—
Selbstversorger	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	4
Zulagekarte für Arbeiter	—	A 1, 2 5, 6 9, 10 13, 14	A 3, 4 7, 8 11, 12 15, 16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zulagekarte für Schwerarbeiter	—	S 1-3 5-7 9-11 13-15	—	—	—	S 4 8 12 16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Lebensmittelkarten der 83. Zuteilungsperiode sind gleich denen der 82. Zuteilungsperiode.

Als neu wurde die Brotkarte, lautend auf Roggen und Weizen für Vollselbstversorger ausgedruckt. Die Vollselbstversorgerkarten haben eine Gültigkeit von zwei Zuteilungsperioden (83. und 84. Zuteilungsperiode).

Die Rationen der 83. Zuteilungsperiode sind folgende:

Erwachsene: 800 g Fleisch, 250 g Fett, 6000 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Salz.

Kinder, 6 bis 14 Jahre: 800 g Fleisch, 250 g Fett, 6500 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Salz.

Kinder, 3 bis 6 Jahre: 600 g Fleisch, 250 g Fett, 5600 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Salz.

Kinder bis 3 Jahre: 400 g Fleisch, 250 g Fett, 5600 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Kindernährmittel, 250 g Salz.

Teilselbstversorger Fleisch: **Erwachsene:** 100 g Fett, 6000 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Salz.

Kinder, 6 bis 14 Jahre: 100 g Fett, 6500 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Salz.

Kinder, 3 bis 6 Jahre: 125 g Fett, 5600 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Salz.

Kinder bis 3 Jahre: 125 g Fett, 5600 g Brot, 300 g Nährmittel, 100 g Kaffee, 250 g Kindernährmittel, 250 g Salz.

Vollselbstversorger: 100 g Kaffee, 500 g Salz.

Zulagekarten für Arbeiter: 400 g Fleisch, 80 g Fett, 2000 g Brot.

Zulagekarten für Schwerarbeiter: 600 g Fleisch, 100 g Fett, 3000 g Brot.

Die Fleischabschnitte bei Normalverbraucher bis zu 3 Jahren berechtigten zum Bezug von je 50 Gramm Fleisch. Die Abschnitte 32 bis 35 sind ungültig und dürfen nicht beliefert werden.

Für die Vorbestellung von Butter wird bei den Normalverbraucherkarten die Nr. 36, bei Teilselbstversorgerkarten die Nr. 16 aufgerufen. Diejenigen Verbraucher, die Kartoffeln zum laufenden Bezug auf der Kartoffelkarte beziehen, erhalten auch in der 83. Zuteilungsperiode je Woche 2,50 Kilogramm, das ist insgesamt 10 Kilogramm in der Zuteilungsperiode. Der Kundenabschnitt ist auf sämtlichen Lebensmittelkarten im Bezirk ungültig. Der Bestellabschnitt für Magermilch auf den Lebensmittelkarten ist ungültig. Die Normalverbraucher erhalten die Magermilchkarte für Kinder von 6 bis 14 Jahren. Auf dieser Karte

